

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 30. August 1948

P.V.-Sitzung 27.-28. August 1948

Fragen der Vorbereitung des Düsseldorfer Parteitages standen im Mittelpunkt der Vorstandssitzung der SPD am 27. und 28. August in Springe a.D. Ausserdem befasste sich der FV nach einem ausführlichen Bericht von Prof. Karl Schmid über die Tagung und die Beschlüsse von Herrenchiemsee mit der sozialdemokratischen Stellungnahme zum Entwurf eines Grundgesetzes und mit der Einberufung der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates.

Es kam noch einmal die einmütige Auffassung zum Ausdruck, dass die Beschlüsse von Herrenchiemsee in keiner Weise die Entschlussfreiheit des Parlamentarischen Rates begrenzen. Es wurde weiter festgestellt, dass es auch keine ständige Ländervertretung beim Parlamentarischen Rat geben kann.

Wesentliche Grundlagen für die sozialdemokratische Einstellung zum kommenden Grundgesetz sind die bekannte Arbeit des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Walter Menzel, sowie die Richtlinien des verfassungspolitischen Ausschusses der Partei. Die Arbeit von Chiomsee wurde als wertvolle Materialsammlung auch mit erheblichem praktischen Wert für die kommende Arbeit des Parlamentarischen Rates gewürdigt.

Über die Lage in Berlin berichtete in Abwesenheit des durch die letzten Ereignisse in Berlin verhinderten Franz Neumann der Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, Willy Brandt. In der gegenwärtigen Situation hielt es der Parteivorstand für notwendig, noch einmal eindringlich vor den ernsten Folgen zu warnen, die sich nicht nur für Deutschland ergeben müssten, falls das freiheitliche Berlin in Stich gelassen würde. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Berlin zu einem Bestandteil der russischen Zone wird.

Der Parteivorstand brachte seine grundsätzlich positive Einstellung zu der interparlamentarischen Konferenz in Interlaken und zu ihren politischen Bestrebungen zum Ausdruck. An dieser Konferenz nahmen eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter aus den deutschen Landtagen teil.

Ein weiteres Thema waren Flüchtlingsfragen, vor allem soweit sie in Zusammenhang mit den Bemühungen der Flüchtlinge um neue, eigene Organisationsformen stehen. Es wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung diesen Gegenstand erneut aufzugreifen und dann den Minister für Flüchtlingsangelegenheiten in Niedersachsen, Albertz, und den Flüchtlingssekretär beim Parteivorstand, Ernst Zimmer, hinzuzuziehen.

Andreas Gayk, Oberbürgermeister von Kiel, schilderte nachdrücklich die besondere Notlage des Landes Schleswig-Holstein, hervorgerufen durch die unverhältnismässig hohe Zahl der dort zugewanderten Flüchtlinge sowie durch die verkehrsmässig-räumliche Abschntzung dieses Landes vom übrigen Deutschland. - Schliesslich genehmigte der Parteivorstand die Anstellung eines Referenten für Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand in der Person von Rudolf Pass.